

**Investitionsstrategie der Stadt Ulm 2018 - 2027
Ergebnisse aus den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2019 am 27. und
28.11.2018**

1. Änderungen / Ergänzungen

Die Investitionsstrategie der Stadt Ulm 2018 - 2027 wird mit nachfolgenden Änderungen / Ergänzungen beschlossen. Die Einarbeitung der Änderungen / Ergänzungen erfolgt im Rahmen der nächsten Fortschreibung.

1.1. Anlage 3-2 - Bereich Hochbau zu GD 950/18

a) Lfd. Nr. 23 - Modernisierung Gebäude Sattlergasse 2-4

Änderung:

In Spalte "Objekt - Projektbezeichnung HH + Maßnahme" wird die Familienbildungsstätte als künftige Nutzerin des Gebäudes ergänzt.

1.2. Anlage 3-3 - Bereich Tiefbau zu GD 950/18

a) Lfd. Nr. 36 - Sanierung Schlossergasse

Änderung:

Priorisierung bisher: 350 T€ in später

Priorisierung neu: Planungsbeginn nach Abschluss der Sanierung der Ochsen-gasse (Lfd. Nr. 39), d.h. frühestens ab 2021

2. Stellungnahme der Verwaltung zu einzelnen Maßnahmen und erteilte Prüfaufträge an die Verwaltung

2.1. Anlage 3-2 zu GD 950/18 - Bereich Hochbau

a) Lfd. Nr. 63 - Sanierung und Erweiterung der Mehrzweckhalle Eggingen

Antrag Nr. 164, CDU:

Beginn der Planungen 2019, da ständige Investitionen ins Hallendach nur als "Flickwerk" dienen, Probleme mit Legionellen Energetische Sanierung dringend notwendig sowie defekte Heizung

Stellungnahme der Verwaltung:

In der IVS 2027 sind für die Maßnahme 1,2 Mio. € in der Spalte "später" enthalten.

Ein Planungsbeginn für eine weitere große investive Maßnahme in 2019 ist aufgrund der ausgelasteten Kapazitäten nicht realistisch.

Akute Probleme werden im Rahmen des Bauunterhalts gelöst:

- für die Überarbeitung der konstruktionsbedingten Undichtigkeiten am Dach ist die Beauftragung des Architekten erfolgt. Über das weitere Vorgehen wird nach Vorliegen der Ergebnisse entschieden.
- bezüglich Legionellen wurde der Grenzwert trotz leicht erhöhter Werte bislang immer eingehalten. Hierbei handelt es um kein technisches Problem, sondern um eine Folge unregelmäßiger Nutzung.
- generelle Probleme mit der Heizungsanlage sind nicht bekannt. Erforderliche Reparaturen wurden durchgeführt.

Ergebnis aus den Planberatungen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wurde ohne Abstimmung akzeptiert.

b) Lfd. Nr. 93 - Erweiterung und Sanierung Ulmer Museum

Antrag Nr. 164, CDU:

Vorziehen der Maßnahmen ab 2019

Stellungnahme der Verwaltung:

In der IVS 2027 sind ab 2024 insgesamt 24,1 Mio. €, davon 17,5 Mio. € in "später" enthalten.

Eine stärkere Priorisierung ist aufgrund der ausgelasteten Kapazitäten nicht realistisch. BM 3 rät von einer abschnittsweisen Sanierung ohne Vorliegen eines Gesamtkonzeptes ab. Im ersten Schritt muss eine Gesamtplanung erarbeitet werden. Diese kann von der Bauverwaltung zusätzlich nicht gestemmt werden. Hierzu müsste eine vergleichbare Hochbau-Maßnahme mit einem Volumen von rd. 25 Mio. € verschoben werden.

Im FB KU wurde bereits mit dem Technik Neubau für das Theater Ulm eine große investive Maßnahme priorisiert, die ab 2019 ff. etatisiert ist. Siehe auch Antwort Schreiben OB vom 23.08.2018 auf Antrag der CDU Nr. 86/2018 vom 10.07.2018.

Ergebnis aus den Planberatungen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wurde ohne Abstimmung akzeptiert.

c) Lfd. Nr. 112 - Sanierung Kornhaus

Antrag Nr. 164, CDU:

Vorziehen der Maßnahme ab 2019, insbesondere Anstrich, Beschaffung von Beamer und Lautsprecheranlagen und Beleuchtung.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der IVS 2027 sind für die Maßnahme ab 2023 insgesamt 10 Mio. €, davon 5,8 Mio. € in später enthalten.

Eine stärkere Priorisierung ist aufgrund der ausgelasteten Kapazitäten nicht realistisch.

Unabhängig zur Sanierung wird die Funktionsfähigkeit der technischen Infrastruktur (Beamer, Lautsprecher, Beleuchtung) im Rahmen des Bauunterhalts gewährleistet. Die Erneuerung der Beleuchtung, die Verkabelung für den Beamer und Malerarbeiten werden im Sommer 2019 im Zuge des Bauunterhalts durchgeführt. Ein neuer Beamer wird von der UM beschafft.

Ergebnis aus den Planberatungen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wurde ohne Abstimmung akzeptiert.

d) Lfd. Nr. 117 - Forsthaus Söflingen, Sanierung

Antrag aus den Planberatungen (FWG, SPD):

Die Maßnahme soll zusätzlich (ohne Schieben einer anderen Hochbau-Maßnahme) in der IVS 2027 vorgezogen werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der IVS 2027 sind in "später" 1 Mio. € enthalten.

Auf die schriftliche Antwort zu Antrag Nr. 155/18 vom 23.11.2018 wird verwiesen. Aufgrund der Diskussion in den Planberatungen wird eine nochmalige Prüfung der bestehenden Möglichkeiten vorgenommen.

Prüfauftrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Änderung der Priorisierung der Maßnahme möglich ist.

Das Prüfergebnis wird dem Gemeinderat schriftlich mitgeteilt.

- e) Zu lfd. Nr. 128 - Neubau des Rathauses Unterweiler

Antrag Nr. 164, CDU:

Auf Grund von Schimmelbildung im Untergeschoss Priorisierung rot Sicherheitsmaßnahmen: wir beantragen die vordringlichen Maßnahmen zu veranlassen

Stellungnahme der Verwaltung:

Diese Maßnahme ist in der IVS 2027 genannt, jedoch ohne Betrag - auch nicht in der Spalte "später".

Die Verwaltung wird verschiedene Alternativen und Lösungsmöglichkeiten für den Neubau des Rathauses prüfen und den Gemeinderat entsprechend informieren. Akute Sicherheitsmaßnahmen werden im Rahmen des Bauunterhalts erledigt.

Prüfauftrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, verschiedene Alternativen und Lösungsmöglichkeiten für den Neubau des Rathauses in Unterweiler zu untersuchen.

Das Prüfergebnis wird dem Gemeinderat schriftlich mitgeteilt.

- f) Sanierung / Neubau Fahrradgarage am Hans- und Sophie-Scholl-Gymnasium
Von Seiten der Schule wurde der CDU-Fraktion ein Planungsvorschlag übersandt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Von Seiten des Fachbereichs StBU ist eine Sanierung der Fahrradgarage im ersten Halbjahr 2019 vorgesehen. Hierbei sollen neue Fahrradständer mit deutlich höherer Aufnahmekapazität eingebaut und evtl. der Dachbelag erneuert werden. Nach den Bilanzierungsregeln des NKHR handelt es sich hierbei um eine Unterhaltsmaßnahme. Daher ist diese Maßnahme in der Investitionsstrategie der Stadt Ulm nicht enthalten. Die Finanzierung der Sanierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln des Bauunterhalts 2019.

Prüfauftrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den von der Schule übersandten Planungsvorschlag zu prüfen.

Das Prüfergebnis wird dem Gemeinderat schriftlich mitgeteilt.

2.2. Anlage 3-3 zu GD 950/18 - Bereich Tiefbau

- a) Lfd. Nr. 39 - Ochsenegasse, Sanierung

Prüfauftrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Sanierung der Traubengasse, eine kleine Seitengasse der Ochsenegasse, in die Maßnahme "Sanierung Ochsenegasse" einbezogen werden kann.

Das Prüfungsergebnis wird dem Gemeinderat im Rahmen des Baubeschlusses für die Sanierung der Ochsenegasse vorgelegt.

- b) Lfd. Nr. 54 - Neugestaltung Theodor-Heuss-Platz

Antrag Nr. 164, CDU:

Beginn 2020 Planung und Umsetzung

Stellungnahme der Verwaltung:

In der IVS 2027 sind 14,6 Mio. € in der Spalte "später" enthalten.

Eine erneute Entscheidung über die Priorisierung der Maßnahme soll bis zu den Haushaltsberatungen 2020 im Jahr 2019 erfolgen. Vorher ist eine Priorisierung nicht möglich, weil relevante Informationen (Maßnahmenumfang, Förderung) noch nicht vorliegen.

Ergebnis aus den Planberatungen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wurde ohne Abstimmung akzeptiert.

c) Lfd. Nr. 60 - Gestaltung Donauufer

Antrag Nr. 164, CDU:

Aufnahme der gestrichenen Mittel in den HH Plan.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Priorisierung eines Teils der Maßnahme wurde bereits mit dem Haushalt 2018 entschieden. Dementsprechend wurden in der Haushaltsplanung 2019 Mittel veranschlagt. Hierbei wurde ein Teil der Planansätze 2018 (250 T€) neu veranschlagt. Eine Streichung von Haushaltsmitteln ist nicht erfolgt.

In 2019 wird die Vorplanung für das gesamte Donauufer erarbeitet und dem Gemeinderat ein Vorschlag für eine stufenweise Umsetzung vorgestellt.

Ergebnis aus den Planberatungen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wurde ohne Abstimmung akzeptiert.

d) Lfd. Nr. 61 - Sanierung kleine Ehinger Anlage - Glacispark

Antrag Nr. 164, CDU:

Aufnahme der gestrichenen Mittel in den HH Plan

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Maßnahme ist im Haushaltsplan 2019 veranschlagt. Hierbei wurde der im Haushalt 2018 bereits enthaltene Planansatz (100 T €) neu veranschlagt. Eine Streichung von Haushaltsmitteln ist nicht erfolgt.

Im Hinblick auf die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen für die Landesgartenschau 2030 genügt es, für die kleine Ehinger Anlage eine kleinere Lösung zu realisieren. Größere Veränderungen sollten vor den Planungen zur LGS nicht vorgenommen werden

Ergebnis aus den Planberatungen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wurde ohne Abstimmung akzeptiert.

05.12.2018